

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Biesteilnehmer: Monatsbeiträge durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände  
von  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Dritter-Dauerer).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,  
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernschreiber: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 44.

Berlin, Mittwoch, 17. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Lage der Bergarbeiter. — Die Streikausbreitungen in Nürnberg. — Deutsche Konsumvereine. — Allgemeine Nachrichten. — Gewerksvereinstell. — Betriebsrat.

### Die Lage der Bergarbeiter.

Die Bewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und in Oberschlesien, welche auf eine Lohn-erhöhung von 15 pCt. gerichtet ist, erregt in der gesamten Öffentlichkeit großes Aufsehen, weil auch diesmal wieder die verschiedenen Bergarbeiter-organisationen in voller Einigkeit ihre Lohnforderungen gestellt haben. Die „Kölnische Zeitung“ bringt einen durch 2 Nummern gehenden Artikel über die Lage der Ruhrbergleute, worin sie an Hand einer Schrift von Dr. Jüngst in Offen den Beweis erbringen will, daß die Lebenshaltung der Bergarbeiter auf der „Höhe“ hat bleiben können, weil die Verteuerung der Lebensmittel voll ausgeglichen sei durch die Erhöhung der Löhne. Mit einem großen Aufwand von Zahlen und Tabellen über die prozentuale Entwertung der Preise der Lebensmittel und über den Jahreserwerb und den Schichtverdienst eines Bergarbeiters ist Dr. Jüngst zu dem Schlusse gekommen, daß im Durchschnitt der Jahre 1886—1895 der Jahreslohn 18,06 und der Schichtverdienst 15,3 pCt. mehr gestiegen sei als der Aufwand für Nahrungsmittel; für den Durchschnitt der letzten 10 Jahre hätten sich als entsprechende Zahlen 55,19 und 50,16 pCt. ergeben.

„Was das laufende Jahr anbelangt, so ist die Erwartung, daß der hohe Stand der Lebensmittelpreise des letzten Jahres nicht von langer Dauer sein werde, leider nicht in Erfüllung gegangen. Der Lebensmittelaufwand ist mit Ausnahme von Essen, wo er ausfalligerweise einen Rückgang zeigt, in den anderen drei Hauptmaterialien des Industriegebietes im ersten Halbjahr 1906 ganz erheblich gestiegen. Am meisten in Böhmen, nämlich um 8,42 pCt., sodann in Dänemark um 8,38 pCt. und in Witten um 4,59 pCt. Der Rückgang in Offen beläuft sich auf 2,04 pCt.; im Durchschnitt des Bezirks beträgt die Steigerung 4,52 pCt. Aber auch die Löhne sind in der ersten Hälfte des laufenden Jahres gestiegen. Wegen des Streiks geht es nicht an, dem Jahresdurchschnittslohn eines Hauer im Jahre 1905 den Lohn im ersten Halbjahr 1906 gegenüberzustellen. Es lassen sich vielmehr nur die Schichtlöhne in den beiden Zeiträumen vergleichen. Es stellt sich der Schichtlohn des Hauer auf 5,08 Mk. gegen 4,84 Mk. im Durchschnitt des Vorjahres. Die Steigerung beträgt also 4,96 pCt. und übertrifft die Zunahme des Lebensmittelaufwandes um fast 1/3 pCt. Es ist mithin unzulässig, von einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Ruhrbergleute im ersten Halbjahr 1906 zu sprechen. Im dritten Vierteljahr sind allerdings nach den Nachrichten für Juli und August die Lebensmittelpreise weiter gestiegen. Diese Steigerung ist aber durch die gleichzeitige beträchtliche Zunahme des Schichtverdienstes, die übereinstimmend von allen Schichten gemeldet wird, mehr als ausgeglichen worden.“

Die Verteuerung der Wohnungen kommt nur für einen Teil der Bergarbeiter in Betracht, weil etwa 10 pCt. der Bergleute Eigentum besitzen und 37.000 Haushaltungsvorstände oder 14 pCt. der Belegschaften in Bedenhäusern wohnen, die fast durchgängig mit Gartenland und auch mit Schweine- oder Hiegenstall verbunden sind. Die Zahl der bei den Haushaltungsvorständen in eigenen Häusern bzw. Bedenhäusern Wohnenden, werde noch erhöht

durch die bei diesen wohnenden im Bergbau tätigen Söhne, deren Zahl auf 17.700 zu schätzen sei. Mithin komme für etwa 29 pCt. der Belegschaft eine Mietsteigerung im wesentlichen nicht in Betracht. Ferner sei die Behauptung der Bergarbeiter falsch, daß der Unternehmergewinn stärker zugenommen habe, als die Arbeiterlöhne. Der Verfasser sucht zu beweisen, daß das Gegenteil der Wahrheit näher komme.

Auch andere große Tageszeitungen nehmen Stellung zu den Forderungen der Arbeiter. Von besonderem Interesse ist, was Professor Jastrow „Arbeitsmarkt“ darüber sagt. Ein umfassender Bergarbeiterstreik in heutiger Zeit wäre mehr als eine bloße vorübergehende partielle Störung des Wirtschaftslebens, er würde als Haltsignal für die noch immer im Aufstieg begriffene Konjunkturabwärtung aufzufassen sein.

„Dem ganz anders als in der ersten Zeit des Jahres 1905 ist das heutige Bild des Kohlenmarktes: damals reichliche Vorräte und nicht allzu starke Nachfrage — heute dagegen geringe Lagerbestände und ein dem Bedarf kaum genügender Angebot! Wenn auch in den letzten Wochen die Lage des Kohlenmarktes sich nicht weiter verschlechtert hat, eine auskömmliche Versorgung wird durch die gegenwärtige Höhe der Förderung noch immer nicht gewährleistet. Die Lieferungsverpflichtungen des rheinisch-westfälischen Kohlenproduktions sind so groß, daß ein stärkerer Förderungsfall große Teile der deutschen Industrie in kürzester Zeit betriebsunfähig machen würde, vor allem das Eisenwerk, weiterhin aber auch alle die industriellen Establishments Rheinland-Westfalens, die auf Ruhrkohle und fast ausschließlich auf sie angewiesen sind. Kohlen anderer Herkunft würden aber die Preise dermaßen steigen, daß auch in anderen Industriezentren große Verlegenheiten entstehen müßten. Da nun in nächsten Wochen auch die Hauptverbraucher der Hausbrandkohle beginnt, so würde eine Rebuyierung der Förderung alsbald die Kohlen- und Brennstoffpreise auch im Detailverkehr in die Höhe treiben und zu Kalamitäten führen, die namentlich die großstädtische Bevölkerung sehr treffen würden. Die Gefahr eines Bergarbeiteranstandes für die wirtschaftliche und soziale Lage Deutschlands kann gegenwärtig nicht ernst genug geschilbert werden. Die Organisationsleiter sind sich auch zweifellos der großen Verantwortung bewußt, die sie durch das Anstreben der Lohnfrage übernommen haben. Aber sie müßten im Interesse der Bergarbeiter so handeln, wie sie gehandelt haben.“

Entgegen der „Kölnischen Zeitung“ führt Dr. Jastrow noch aus, daß die Erhöhung der Löhne ungenügend sei, außerdem hätten die Reallohnhöhen des Jahres 1900 zur jetzigen Zeit eine wesentlich geringere Kaufkraft als vor 6 Jahren, weil namentlich das letzte Jahr eine solche Erhöhung der Lebensmittelpreise und zum Teil auch der Mieten gebracht habe, daß die Lebenshaltung sich merklich verschlechtert haben müsse. Jetzt liege es an den Zehnerverwaltungen, eine dem deutschen Wirtschaftsleben drohende Gefahr abzuwenden, indem sie das starke Mißverhältnis zwischen Lohn- und Haushaltkosten durch Lohnverhöhungen beseitigen. Gingen die Zehnerverwaltungen in sachlichem Ernste an die Prüfung der Lohnfrage heran, so könne es gar nicht ausbleiben, daß sie eine Verschlechterung des Reallohnes während der letzten Zeit feststellen müßten. Die Folge einer solchen Feststellung bedeutete aber im Prinzip die Bewilligung einer allgemeinen Lohnverhöhung. Ein Streik könnte dann nur noch über den Grad der Er-

höhung entstehen, der aber durch Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitervertretern sehr leicht beigelegt werden könne. Sollte aber eine Verhandlung mit den Arbeitervertretern abgelehnt werden, so könne es zu einem Konflikt kommen, der nicht nur zum Nachteil des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues, sondern auch zu einer dauernden Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens führen müßte.

Wir stimmen mit dieser Auffassung der Lage in den Kohlengebieten überein. Die Führer der Bergarbeiter und die Knappen werden durch muster-gültiges Verhalten zeigen, daß sie mit ihrer Sache im Recht sind. Auch sind wir überzeugt, daß die gesamten Bergarbeiter mit vollem Ernste erlassen, was ein Streit für das Wirtschaftsleben Deutschlands zu bedeuten hätte. Dringend muß daher gewünscht werden, daß auch die Unternehmer die Lage nicht minder ernst beurteilen. Das sicherste Ventil an dem hochgepaltenen Dampfdruck der Arbeiterbewegung in den Kohlengebieten ist die Einleitung einer gemeinsamen Verhandlung. Die Arbeiter sind bereit, möchten es auch die Arbeit-geber sein! —

Nachschrift: Am Sonntag fanden im Ruhrgebiet 130 Bergarbeiter-Versammlungen statt, in welchen auch von den politisch-radikalen Rednern der Zuersticht Ausdruck gegeben wurde, daß die Arbeitgeber billiges Entgegenkommen zeigen würden mit Rücksicht auf die von seiner Seite bestrittene Verteuerung der Lebensmittel. Die Organisationen würden darauf setzen, daß den unorganisierten Schreibern und Spettakelmachern, die zum Streik auffordern, das Handwerk gelegt werde.

Die Geschäftsführung des Bergbauischen Vereins teilt mit, daß die Beantwortung der von der Siebenerkommission an den Bergbauischen Verein gerichteten Forderungen in der auf den 22. d. M. anberaumten Vorstandssitzung erfolgt werden.

### Die Streikausbreitungen in Nürnberg.

Auf der „Union“ in Nürnberg war ein Schlosser namens Dreger entlassen worden, weil er während der Arbeitszeit eine lebhafte Agitation für den Metallarbeiterverband betrieben und nach Meinung der Betriebsleitung die Arbeiter aufgehetzt habe. Infolge dieser Entlassung legte der größere Teil der Arbeiter die Arbeit nieder, um die Wiederinstellung des Entlassenen zu erzwingen. Der Metallarbeiterverband hat zuerst den Streik für unberechtigt erklärt, dann aber doch die Streikunterstützung bewilligt und die Arbeitniederlegung damit gut geheißen. Ein Teil der Arbeiter, die den Streik nicht für berechtigt hielten, setzten die Arbeit fort und wurden deshalb von den Streikenden belästigt, beschimpft und viele von ihnen auch geschlagen. Der Direktor Mauzer bekam zahlreiche Drohbriefe, er möge sich nicht auf der Straße sehen lassen, da sein Todesurteil gesprochen sei.

Wie die in voriger Woche in Nürnberg stattgefundenen Schwurgerichtsverhandlungen ergaben, hat ein Teil der streikenden Metallarbeiterverbände sich wie die Wilden benommen. Besonders toll hat es der Verbändler Droum getrieben, der sich ganz ungewöhnlich roh benahm. Er gab zu, schweres Unrecht verübt zu haben, er sei aber bestraft worden. Ein Gastwirt gab als Zeuge an, daß Streikende wiederholt zu ihm gekommen seien mit der Aufforderung, den Arbeitswilligen kein Essen mehr zu geben.

Die Verhandlungen brachten auch Licht in die bei dem Krawall vorgekommene Lösung des Streikes.

Nr. 224 vom 26. September d. J. über den „praktischen Verlauf des 14. Stiftungsfestes des sozial. Arbeiterverbandes“. Es heißt darin, daß sich das Best zu einem „wirksamen Propagandachiff“ gestaltete für den Gedanken der Organisation. In seiner Festschrift habe der Verbandsgeschäftsführer Schulz-Bunt zum Schluß ausgeführt: „Vorteil und Zweckmäßigkeit müssen in harmonischer Ergänzung gemeinsam den Kampf um die Emanzipation (?) der arbeitenden Klasse kämpfen.“ — Die und hierzu von anderer Seite mitgeteilt wird, nahmen diesen „Kampf“ denn auch mehrere Teilnehmer sogleich energisch an, indem sie eine recht „gemütliche“ Kellerei ins Werk setzten, welche schließlich „gemeinsam“ wurde, daß es ihnen gelang, 6 Gläser des Festes zu gebrauchen, um die „harmonische Ergänzung“ wieder herzustellen. — In dem Artikel heißt es dann weiter: „Ohne Zweifel wird das Best, das bei starker Beteiligung einen prächtigen Verlauf nahm, agitativer gute Früchte zeitigen.“ — Daß der „praktische“ Verlauf „gute Früchte“ zeitigen wird, bezweifeln wir daher durchaus nicht!

Unter D. B. der Fabrik- und Handarbeiter Delegationen feierte sein 8. Stiftungsfest im Schützenhof „A. K.“ Das Best verlief ohne jegliche Störung außerordentlich. Der Vorsitzende nimmt stetig an Mitgliedern zu. Deshalb wurde mit 11 Mitgliedern gegründet und zählt jetzt über 80. Wünschen wir ihm ein ferneres Gedeihen und Gelingen.

Wreslau. Am 16. September hielt der „große“ Metallarbeiterverband in Wreslau eine öffentliche Versammlung ab. Von Bedeutung war dieselbe nicht. Als Referent war Joppich-Gietlin erschienen. Der Herr wollte den Metallarbeitern sagen, in welche Organisation sie gehören, ja, es sollte sogar darüber entschieden werden, daß sie alle mit Haut und Haaren in den Metallarbeiterverband gehören. Mit eifrigsten Blicken musterte Herr Joppich die kranken Gewerkschaften; und wie päpstlich waren seine „Gewissen“ erfindlich; man hatte alles aufgedeckt, damit eine Wehrzeit zusammengebracht wurde, denn es war alles, was Kopf und Beine hatte, anwesend: Bauer, Zimmerer, Dachdecker, Tabakarbeiter, Scherlinge usw. Bureauwahl war nicht. Joppich planterte seine alten Sprüche hin. Dann kamen die Festungen aus dem Jahre 1905. O diese Zahlen und die vielen „Siege“. Immer größer wurde das Staunen der „Gewissen“, daß sie so dumme sein konnten und diese „Siege“ nicht schon längst entdeckt hätten. Es war einfach Joppich! Als er endlich zu Ende war, gab es Diskussionen, aber keine reiche. Ein blutjunger Verbändler brachte den Antrag in, unsern Kollegen Wolf die Redezeit zu beschränken. Der Antrag wurde angenommen. Man hatte Angst, die Wahrheit zu hören! Kollege Wolf stellte in treffender Weise fest, daß man von selten des Metallarbeiterverbandes wohl alle Ursache hat, die Mitglieder in Unkenntnis zu erhalten. Die Mitglieder werden mit ihnen geföhrt und mündigste Siege werden ihnen vorgegaukelt. Kollege Wolf stellte ferner fest, daß der Metallarbeiterverband mit Schulden arbeitet. Joppich gab dieses auch zu, es wären aber nur die Ortsvereinigungen, die mit Schulden arbeiten. Wolf stellte auch fest, daß Joppich in Wreslau die Unwahrheit gesagt hat oder die Begründer der Gewerkschaften überhaupt nicht kennt, denn er meinte die Verbändler hätten auf den Begründer der Gewerkschaften, auf ihren Dr. von Schweiger fest sein. Was Gottes Kind von Schweiger war? Der größte Lump, den die Geschichte der Arbeiterorganisationen kennt! Dr. von Schweiger ist von Debel selbst als Verräter entlarvt worden. Eine weitere Wille des Wissens sei in Wreslau vom Damm des Herrn Joppich, indem er sagte, unser Verbandsgeschäftsführer, Kollege Goldschmidt, sei im Reichstage und tue nichts. Jedermann weiß aber, daß unser Goldschmidt leider nicht im Reichstage sondern nur im Landtage ist. Daß es schämlich ausfällt mit der Klassenkompromittierten „Zielbewusstheit“ bewies Kollege Wolf aus einer Broschüre, die von der Firma Schilde in Stuttgart gedruckt worden ist zur Agitation für den Metallarbeiterverband. Darin heißt es Seite 9: „Der Verband sucht nicht Kontakte mit den Unternehmern, sondern er treibt den Frieden an, sich wohl benutzt des Sprichwortes: Frieden erndet, Unruhe vergrüht.“ Eine Stunde brachte Herr Joppich, um Kollegen Wolf zu widerlegen. Einen Vorteil hat es dem unglücklichen Funktionär nicht gebracht. Daß der Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter entschieden eintritt, wissen selbst die Verbändler

in Wreslau. Daß der Metallarbeiterverband Verrat an der Arbeiterklasse läßt wissen sie ebenfalls, dafür liegt der Beweis nicht allzumeist von Wreslau ab.

**Verbands-Teil.**

2. Sitzung über eingesandte Gemeingelder für die ausgeperrten Hütten- und Walzwerker in Weste Erde.

- Bauhandwerker: Stillerwalde 21, 205, Alt-Warschau 9, Udenfeld 4, 40, Stralland 5, Hagen 10, Grimmen (Rißdorf) 3, 40. Bergarbeiter: Bergcamen 7, 40, Camen II 3, 30. Bildhauer: Gera 5, Hagen 4, Fabrik- und Handarbeiter: Birna 5, Hochlarmark 5, 40, Holzhausen 5, Götzig I 6, Hagenfeld 5, Sagan 7, Erfurt II 1, 25, Spanbau 5, Dessau 10, Gagnau 3, Wanne 5, Schönebeck 2, Charlottenburg 8, Ruhensdorf 3, Franzen und Mädchen: Götzig 3, Gagnau 4, 50, Rowasen 10, Graphische Betriebe: Bittau 5, Gera 10, Dören 10, Magdeburg 20, Stolp 8, 70, Berlin III 3, Hagen 6, Kaufmann: Bonn 3, 50, Berlin II 5, Berlin III 12, 70, Cottbus 1, 25, Anstetten: Rathow 2, Schiffbauarbeiter: Weßlingdorf 9, 60. Schneider: Wilhelm a. d. Ruhr 5, Berlin IV 3, 15. Schenker: mancher und Schenker: Camen 5, Weba 7, 65. Schuharbeiter: Döhlen 10, Grefel 7, 75, Stillerwalde 8, 50. Tischler: Götzig 10, Wittenburg 2, 30, Hamburg 2, 05. Tischler: Selen 5, Wilmig 6, 10, Leipzig 8, 20. Tischler- und Wandarbeiter: Gagnau 10, Magdeburg (Böttner) 6, 10, Norddeutscher Ausbreitungsbüro 11, 20. Summa: 246, 15. Vereicht quittiert 221, 223, 96. Insgesamt 221, 96.

Der Kampf dauert fort. Am Dienstag fand eine geteilte Abstimmung statt über die Frage, ob der Streik fortgesetzt, oder die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Jeder an dem Kampfe beteiligte organisierte Arbeiter bekam Stimmzettel und zuerst mit nach Hause, um vollkommen unbefleht seine Entscheidung treffen zu können. Das Resultat der Abstimmung war, daß nur 142 für die Wiederaufnahme der Arbeit votierten. Wir bitten daher, die Sammlungen fortzusetzen, damit den Kollegen in ihrem harten Kampfe anerkennende Hilfe gewährt werden kann.

Berlin, den 11. Oktober 1906. R. Klein, Verbandskassierer.

\* Norddeutscher Ausbreitungsbüro. Sitzung über eingesandte Beiträge vom 1. Juli bis 30. September 1906.

- Maschinenbauer: Torgelow 24, 60, Pöschell 1, 30, Behndorf 1, 60, Wreslau 5, 00, Bülchow 1, 70. Fabrik- und Handarbeiter: Gagnau 9, 00, Bülchow 2, 00, Döhlen 2, 30, Stolp 5, 20, Pöschell 0, 60, Eisenbahnarbeiter: 1, 50, Stolp-Dammig 5, 50. Tischler: Sagen 1, 60, Braunsberg 1, 60, Götzig-Döhlen 4, 50, Wittenburg 5, 60, Danzig 4, 00, Hagen 2, 30, Weßlingdorf 1, 30, Götzig 1, 30. Schneider: Wittenburg 1, 10. Hüttenarbeiter: Pöschell 0, 60, Wreslau 1, 40, Götzig 1, 20. Tischler und Hütten: Jägerhof 5, 10, Udermann 4, 80. Franzen u. Mädchen: Götzig-Döhlen 1, 20. Weibliche Betriebe: Götzig 0, 90. Summa 103, 75 RM.

Frau G. G. G., Köfner, Götzig, Götzigstr. 15 III, Eingang Eisenbahnstraße.

Versammlungen. Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (D. G. V.). Sitzung vom Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Götzig willkommen. — Abends 8 Uhr der Deutschen Gewerkschaften (D. G. V.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Lehrgänge im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (D. G. V.). Götzig herzlich willkommen. — Sonnabend, 13. Oktober. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. XII. Ab. 8 1/2 Uhr bei Barth, Brunnenstr. 41. L. O.: Monatsbericht. Vortrag des Verbandskassierers R. Klein. Abstimmung über Erhöhung der Beiträge. Am 27. d. Mts. Vortrag des Kol. Marx über: „Karl Marx und seine Theorie.“

Buchman (Distrikt). Sonnabend, 12. Oktober, ab 8 1/2 Uhr, bei Damen. Weibliche Hütte, Kreis Wittenberg (Distrikt). Sonntag, 14. Oktober, nach 2 1/2 Uhr, im Vereinsklub.

Orts- und Regionalverbände. Gera (Distrikt). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nach 4—5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bild. Schulte-Wittler, Distriktsklub. — Gagnau und Hagen (Distrikt). Die Feststunden der Distriktverbände sind jeden Dienstag abends 9 Uhr im Verbandsklub „Hagenstr.“, Bismarckstr. 12, Hagen. — Wittenburg (Distrikt). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Balber, Jägerhof.

Literatur. Coblenz ist das Handbuch des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter für 1907 erschienen. Das in Wreslau gedruckte Buch wird sichtlich allen Gewerkschaften, insbesondere aber den Mitgliedern des Westdeutschen der Maschinenbau- und Metallarbeiter, sehr willkommen sein. Es enthält u. a. den Kalender für 1907, dann einen Nachtrag über den 18. Delegiertenkongress der Maschinenbau- u. Metallarbeiter mit dem Inhalt seiner Festschrift; ferner eine Schilderung der Reise deutscher Arbeiter nach Schottland durch England, mit dem Bildnis der deutschen Studienkommission. Eine Arbeit beschäftigt sich mit der Frage: „Warum jetzt Streiks und Ausperrungen von größerer Bedeutung in England seltener geworden sind?“ Eine weitere Arbeit ist dem Zweck und der Bedeutung der Verhältnisse gewidmet. Das Buch enthält auch ein Verzeichnis sämtlicher Gewerbeaufsichtsberechtigten und Fabrikinspektoren in allen Ländern Deutschlands, ferner einen Nachtrag aus dem Gewerbeverzeichnis, der eine Beschreibung darüber, was der Arbeiter bei Betriebsunfällen tun muß, um seine Interessen zu wahren. Angehängt ist auch eine Gebührensordnung für Gerichts- und Rechtsanwaltskosten, ein Verzeichnis des Gewerkschafts, eine Rab- und Gewichtstabelle, der Posttarif und anderes. Das Buch kostet nur 50 Pfg. und ist zu beziehen durch das Bureau des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Die reichsgerichtliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) von Ernst Baute und Walter Hering, Reichlicher Expeditoren der Reichs-Versicherungskasse. Die dritte verbesserte und vermehrte Auflage (16. bis 20. Auflagen) dieses in weiten Kreisen bekannten und anerkannten Buches ist soden im Verlage von Franz Vahlen in Berlin W. 8, Mohrenstr. 13/14 erschienen. Das jetzt 256 Seiten 8° umfassende Buch, welches zum Preise von 1,40 RM. für das einzelne Exemplar (Partiellpreise geringer) bezogen werden kann, enthält eine für den praktischen Gebrauch bestimmte übersichtliche und gemeinverständliche Darstellung des gesamten Arbeiterversicherungsrechts. Es behandelt das Krankenversicherungsgesetz, die Unfallversicherungsgesetze, das Invalidenversicherungsgesetz, das Unfallvorsorgegesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes, das Gesetz betreffend die Unfallversicherung für Seefahrer, sowie die bis in die neueste Zeit ergangenen einschlägigen Ausführungsbestimmungen, Verordnungen und Verfügungen. Die Anordnung des Stoffes ist für alle Zweige der Arbeiterversicherung einheitlich durchgeführt. Auf der wiederholten Durchsicht, Verbesserung und Beseitigung seiner Nachteile, kann das Buch, dessen frühere Auflagen einer ungewöhnlich schnellen Abgang erlitten haben, nunmehr wohl als eine der zuverlässigsten, besten und preiswertesten Kaufaus-, Hilfs- und Lehrmittel bezeichnet werden. Die auf diesem Gebiete existierenden fah. Seine Anschaffung wird amtlich und von hervorragenden Sachverständigen der Reichsgerichte und Arbeitgebern, den Arbeitervertretern, Arbeitervereinen, Volksbureaus, den Organen der Arbeiterversicherung, den Beamten, Geistlichen, Lehrern und Studenten warm empfohlen. — Wegen Einblendung des Vortrages an Verbandskassierer Rudolf Klein auch durch unser Verbandsbureau zu beziehen.

**Anzeigen-Teil.**

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Stellt Tageszeitungen in den Dienst der Organisation

Erscheinungsort: Weissenfels a. S. und abonniert die Grosses Tagesblatt mit Beilagen

**Mitteldeutsche Volkszeitung**  
(Schlesische Arbeiterzeitung)  
Organ der Gewerkschaften H.-D. für Mitteldeutschland, Provinz Schlesien und die Lausitz.

Erstes täglich erscheinendes Gewerkschaftsblatt mit ausgesprochenem Gewerkschaftscharakter.

Allen Gewerkschaften zum Abonnement bestens empfohlen.

Probennummern gratis vom Verlag in Weissenfels a. S.

Chemnitz. Der Arbeitnachweis sowie die Ausgabe des Ortsverbandsbuches befindet sich bei Ernst Fähr, Legenstr. 17, mittags von 12—1, abends von 7—9 Uhr.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten beim Genossen K. A. M. er, Rißmarkt 10 Verpflegungskarten.

Gera (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftler er. 50 Pfg. bei den Ortskassierern.

Stralsund (Ortsverb.). Geb. zur Helmat, Bleichstr. Karten bei E. Dufossil, Sagenstr. 20.

Magdeburg. Bauhandwerker 75 Pfg. bei E. Schröder, Sagenstr. 14.

Spanbau (Ortsverband). Verpflegungskarten bei Korten, Götzigstr. 4 III.

**Der Gewerkverein**  
Jahrgang 1905

auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbüros und Vereinsbibliotheken

**3,50, sonst 6 Mark.**

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:  
**Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.**

Bestellungen nur an Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Härtenwalde. Durchreisende Eisenach (Ortsverb.). Karten erhalten 70 Pfg. bei jedem b. Köfner Edmund Hartmann, Eisenachstr. 10.



den Fleischmann durch den Arbeitswilligen Thiel. Hiernach hat Thiel aus Notwehr gehandelt. Zeugen bezeugen, daß Thiel wiederholt hart bedrängt und geschlagen worden sei. Thiel habe sich dann los gemacht und sei davon gelaufen. Die Streikenden hätten ihn aber verfolgt und einzuholen gesucht. Darauf habe Thiel an einem Zaun Rückenbedeckung gesucht und seinen Verfolgern zugerufen, nicht an ihn heranzukommen, da er sonst schießen werde. Der Angeklagte Obdrfer erklärte selbst, daß, wenn er an Thiel's Stelle gewesen wäre, auch geschossen haben würde. Daß Thiel vorher von den Streikenden geschlagen worden ist, ergab auch die ärztliche Untersuchung durch Herrn Dr. Burtzhardt, der als Zeuge erklärte, die Verletzungen des Thiel seien zwar keine schweren gewesen, allein mit Bezug auf ihre Anzahl müsse man sagen, daß eribel zugerichtet worden sei. Außer einer Quetschung am Kopf habe Thiel noch 10 Kratzenwunden gehabt, ferner eine Verletzung am Finger, das Gesicht sei gerötet gewesen. Eine Zeugin erklärte, sie sei über das rohe Verhalten der Streikenden gegen die Arbeitswilligen so empört gewesen, daß sie selber große Lust empfunden habe, den Revolver zu ziehen und „in die Bande hineinzuschleichen“. Streikende bekundeten, Direktor Maurer habe die Arbeitswilligen aufgebracht. Andere Zeugen und der Direktor selbst bestritten dies mit aller Entschiedenheit.

Die Leitung des Fleischmanns hand noch nicht unter Anklage.  
Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach Landfriedensbruch und bejahten die nach Körperverletzung. Wegen Mißhandlung der Arbeitswilligen wurden verurteilt: Braun zu 18, Obdrfer zu 12, Müller zu 7, Weitzgruber und Wohlleben zu je 1 Monat Gefängnis.

Der indirekt Hauptschuldige an den bedauerlichen Vorgängen ist der Metallarbeiterverband. Der Gewerkschaftsbeamte Rastner hatte erklärt, dafür sorgen zu wollen, daß keine Streikunterstützung gezahlt werde, weil der Streik wegen der erfolgten Entlassung eines Kollegen nicht berechtigt sei. Hätte der Verband so gehandelt, dann wäre der Streik früher beigelegt worden und hätte es dann zu den so sehr folgenschweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen nicht kommen können. Die Leitung der Arbeiterorganisation muß den Rat finden, die Streikunterstützung zu verweigern, sobald die Berechtigung des Streiks nicht anerkannt werden kann. Diese bedauerliche Schwäche des Vorstandes hat schlimme Folgen gehabt.

### Deutsche Konsumvereine.

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt München, Herr Fr. X. Pröbst hat sich im „Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte“ der verdienstvollen Arbeit unterzogen, die deutschen Konsumvereine statistisch zu untersuchen. Die Schwierigkeiten einer solchen Arbeit sind größer als man gemeinlich anzunehmen geneigt ist, weil bei einer derartigen halbamtlichen Erhebung die Vereine nicht gezwungen werden können, die Fragebogen auszufüllen und weil sich das freiproduzierende Vereinsleben nicht immer in die starren Formen einer Registrierung zwängen läßt. So sind z. B. wie Pröbst mitteilt, der große Konsumverein in Breslau und der Konsumverein „Biene“ in Berlin dem Genossenschaftsgesetz nicht unterstellt, also eigentlich freie Vereinigungen. Die statistische Verarbeitung der Konsumvereine setzt demnach ihre genaue Definition voraus. Das Wesen der Konsumvereine im engeren Sinne besteht darin, daß das Genossenschaftsbemühen allmählich gebildet wird und insolge des freien Austritts der Genossen steten Veränderungen unterworfen ist; daß die Haftpflicht ferner nicht lediglich auf die Kapitalanlagen beschränkt ist, vielmehr jeder Genosse außerdem noch für den Fall des Konkurses die Hälfte für eine bestimmte Summe übernehmen muß.

Nach den Pröbst'schen Ermittlungen stand 1901 der Mitgliederzahl nach der Breslauer Konsumverein weit voran mit 86 044. Er war dem Leipziger Plagwitz Verein, dem zweitgrößten Konsumverein mit 31 159 Mitgliedern, um mehr als das Doppelte überlegen. Mit 23 326 folgt der Konsumverein „Vorwärts“ in Dresden, mit mehr als 15 000 weiter die Konsumvereine Görlitz, Neustadt-Magdeburg und Stuttgart, mit mehr als 10 000 außerdem der Allgemeine Konsumverein Chemnitz und der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg. Die übrigen Vereine zählen weniger als je 10 000 Mitglieder. Zunächst noch kommen über 5000 Mitglieder der Allgemeine Konsumverein Braunschweig und jener in Halle, der Lebensbedarfsverein Karlsruhe, der Konsumverein Plauen, die Wirtschaftsgenossenschaft des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Affizienten in Berlin (6592), Berliner Konsumverein „Biene“ (5056).

Eigene Produktion wurde auf den Fragebogen nur von der Wittenberger in 2 Konsumvereinen Bäckerei mit Schlägerei, in je einem Falle Bäckerei mit Dampfmühle, mit Dampfsägmühle (Holzlager),

mit Selterwasserfabrikation, mit Kaffeebrennerei und mit Kellerei, dann auch Bäckerei mit Kaffeebrennerei und Kohlenwasserfabrikation, ebenso in je einem Falle Destillation mit Kaffeebrennerei und Butterausfälschung, Destillation mit Sauerkrautfabrikation, Selterwasserherstellung und Garkleinenlegerei.

Die Zahl der Warenlager war am größten mit 62 bei Breslau; dann folgten mit 50 Leipzig-Plagwitz, mit 31 Dresden-„Vorwärts“, mit je 28 Neustadt-Magdeburg und Stuttgart, mit 27 Hamburg, mit 21 der Allgemeine Konsumverein in Chemnitz, 3 Vereine mit 16 bis 20 usw. Das Kasino „Nordstern“ in Erfurt hält kein Warenlager.

Die Zahl der beschäftigten Personen beträgt bei Leipzig-Plagwitz 698, bei Neustadt-Magdeburg 327, beim „Vorwärts“ in Dresden 253, bei Stuttgart 231; außerdem noch über 100 bei den Allgemeinen Konsumvereinen in Braunschweig und Chemnitz, bei Görlitz und Hamburg und beim Lebensbedarfsverein in Karlsruhe.

Die häufigsten Mitgliedsanteile der einzelnen Mitglieder sind am höchsten mit 70 Mk. beim Beamtenkonsumverein in Erfurt. Sie betragen außerdem 50 Mk. in 3 Vereinen, 40 Mk. in 5, 30 Mk. in 28, 25 Mk. in 11, 20 Mk. in 14, in den übrigen 15 oder 10 Mk., nur in je einem 5 und 2 Mk., nämlich in den Einkaufsvereinen für Brennmaterial in Rassel und Posen. Nur Rasin Ehrenfeld begnügt sich mit dem Mindestbetrage von 1 Mk.

Die Zahl der zulässigen Geschäftsanteile ist nicht überall angegeben. Bei der Mehrzahl der Vereine ist nur ein Geschäftsanteil zulässig; 4 und 5 bei 6 Vereinen und 10 bei 9. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile ist 100 und zwar bei dem Brennmaterial-Einkaufsverein Rassel, wo der einzelne Geschäftsanteil allerdings nur 5 Mk. beträgt. 50 Geschäftsanteile sind zulässig in 3 Vereinen, darunter der Brennmaterial-Einkaufsverein Posen mit je 2 Mk. und der Allgemeine Konsumverein Braunschweig mit je 40 Mk., 20 Anteile sind gestattet in Kiel mit je 20 Mk.; 20 Anteile in 2 anderen Vereinen.

Die Kassumsätze sind meistens gleich dem einfachen Geschäftsanteile, doch finden sich verschiedene interessante Abweichungen. Beim Brennmaterial-Einkaufsverein Rassel I ist die Kassumsätze 10 Mk., der Anteil 5 Mk. Da 100 Anteile zulässig sind, kann sich die Kassumsätze eines einzelnen Mitgliedes auf 1000 Mk. stellen. Auch beim Eisenbahnkonsumverein Eberfeld beträgt die Kassumsätze das Doppelte des Geschäftsanteils (30:60 Mk.). Es ist aber nur ein Anteil zulässig. Beim Erfurter Beamten-Konsumverein beträgt der Geschäftsanteil 70 Mk., die Kassumsätze 150 Mk. Beim Kasino „Nordstern“ in Erfurt ist für den Geschäftsanteil eine Ziffer gar nicht angegeben, die Kassumsätze aber mit 3 Mk. Diese Vereinigung besitzt selbst, wie bemerkt, keine Warenlager, sondern hat nur mit den dortigen Geschäftsleuten die Vereinbarung getroffen, wonach den Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zu ermäßigten Preisen die Waren abgegeben werden. In Hannover steht dem Geschäftsanteil von 15 Mk. eine Kassumsätze von 75 Mk. gegenüber.

Viele Vereine haben das Markengeschäft eingerichtet, d. h. sie haben mit Geschäftsleuten Verträge abgeschlossen, denen zufolge die Mitglieder dort einkaufen, bei ihren Einkäufen Kontrollmarken erhalten und auf Grund dieser eine Dividende erhalten, während die Geschäftsleute von dem festgestellten Umlage den Vereinen einen vertragmäßig festgestellten Prozentsatz abgeben.

Der Gesamtumsatz in den eigenen Warenlagern, in der Produktion und im Markengeschäft belief sich in Breslau auf 13 837 928 Mk., in Leipzig-Plagwitz auf mehr als 10 Millionen, dann beim „Vorwärts“ in Dresden, bei Neustadt-Magdeburg und Stuttgart auf mehr als 5 Millionen, beim Allgem. Konsumverein Halle und bei Görlitz auf mehr als 4 Millionen, beim Allgem. Konsumverein in Chemnitz auf mehr als 3 Millionen, bei der Produktion in Hamburg und beim Lebensbedarfsverein in Karlsruhe auf mehr als 2 Millionen, beim Allgemeinen Konsumverein Braunschweig, bei Dresden-Bieschen, bei Freiburg, beim Beamten-Konsumverein in Halle, bei Leipzig-Gonnwitz (vor dem Rauch), Leipzig-Entsch, bei München und beim Konsumverein Plauen auf mehr als 1 Million.

Der Umsatz an Waren aus der eigenen Produktion ist sehr bedeutend in Karlsruhe und in Magdeburg (über 450 000 Mk.); in Karlsruhe hat Anspruch auf Beachtung nur die Bäckerei, in Magdeburg außerdem noch Selterfabrikation, dann in Leipzig-Plagwitz (319 000 Mk.) außer Bäckerei auch eine Dampfmühle.

Der Gesamtverertrag beläuft sich bei Breslau auf 1 557 217 Mk., bei Leipzig-Plagwitz auf 1 095 677 Mk., auf eine halbe Million außerdem im Allgem. Konsumverein Halle und in Magdeburg-Neustadt, auf 400-500 000 Mk. in Chemnitz (Allgem. Konsumverein), Dresden („Vorwärts“), Görlitz und Stuttgart, zwischen 300 und 400 000 Mk. nur im Konsumverein Plauen, zwischen 200 und 300 000 Mk. in Halle (Beamtenkonsumverein), außerdem über 100 000 Mk. in Braunschweig (Allgem. Konsumverein),

Dresden-Bieschen, Karlsruhe Lebensbedarfsverein, Leipzig-Entsch und Plauen (Wirtschaftsverein).

Der Gesamtanteil der Mitglieder wird teils als Kapitaldividende nach Verhältnis der Geschäftsanteile, teils als Umlage Dividende gewährt, in manchen Vereinen in doppelter Form. Nur Kapitaldividende geben Braunschweig (Beamtenkonsumverein 12 1/2 pSt.) und Frankfurt (Konsumverein 3 1/2 pSt.). Umlage Dividende ohne Kapitaldividende verteilen im ganzen 70 Vereine in Sätzen von 2 1/2 bis 20 pSt. Den erwähnten Wittenberger hatte Düsseldorf (Selbsthilfe), den Höchstädt Plauen (Wirtschaftsverein).

An Hypothekenschulden besitzen der „Vorwärts“ (Dresden) mehr als eine Million, 2 Vereine mehr als eine halbe Million, 5 mehr als eine Viertel Million, 7 mehr als 100 000 Mk.

Das Gesamtvermögen der Mitglieder beträgt in Breslau 944 246 Mk., in Leipzig-Plagwitz 900 923 Mk., in Karlsruher Lebensbedarfsverein 570 570 Mk., in Stuttgart 472 892 Mk. in Görlitz 450 175 Mk.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 16. Oktober 1906.

Das Rundschreiben von Erlangen-Düsseldorf, das dieser an eine Anzahl Kollegen versandte, um die radikale Düsseldorf Resolution in Sachen der Formierung zu revidieren, allerdings mit Gründen, die vom Standpunkt der Gewerkschaften entschieden verurteilt werden müssen, da eine Moral mit doppeltem Boden in den Deutschen Gewerkschaften keinen Platz finden darf, gibt den sozialdemokratischen Blättern willkommenen Anlaß zu wüsten Angriffen auf die Gewerkschaften und besonders auf die Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Die sog. „Metallarbeiter-Zeitung“ sucht am Schluß ihres langen Artikels, den die Leitung des Metallarbeiterverbandes allen in unsern Kreisverbänden im Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter mit Kreuzzug zugehen ließ, die Sache so hinzustellen, als ob die von Erlangen vorgeschlagene „Taktik“ vom Generalrat gutgeheißen und befohlen worden sei. Das ist natürlich eine bewusste Fälschung. Eine Taktik, wie sie Erlangen in seinem Rundschreiben vorgeschlagen hat, wird niemals die Taktik der Gewerkschaften sein.

Die „Westf. Arb.-Post“ erklärt, daß keine Korporation der Gewerkschaften, weder der Ausbreitungsverband, noch der Ortsverein der Maschinenbauer Düsseldorf an der Herausgabe des Jirnlars beteiligt ist. Es ist selbstverständlich, daß noch viel weniger der Generalrat der Maschinenbauer mit dem Rundschreiben irgend etwas zu tun hat. Es handelt sich um nichts anderes, als um einen von den mancherlei Seitenprüngeln, die sich Erlangen-Düsseldorf zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung aufzudenken kommen ließ.

Um nun ein Beispiel dafür zu geben, wie das sozialdemokratische Demagogentum das Erlangen'sche Rundschreiben zu Beschimpfungen der Gewerkschaften ausnützt, wollen wir nur den einen Satz aus der „Erfurter Tribüne“ hierhersetzen: „Und diese verlämpften Kreise geben vor, die Arbeiterinteressen zu vertreten?“

Die „verlämpften Kreise“ fallen zurück auf die Demagogen in der sozialdemokratischen Presse, wie haben mit ihnen nichts gemein.

Der Metallarbeiterverband macht indes auch in „vertraulichen Rundschreiben“, hinter denen aber die verantwortlichen Leiter stehen und nicht wie in unserm Falle eine einzige unverantwortliche Person.

Ein solches Rundschreiben ist an die Metallarbeiterverbände gerichtet und enthält die Aufforderung, keine Beiträge auf der Sammelliste der Gewerkschaften für den Streik auf „Rote Erde“ zu leisten, „weil die Parteien sonst damit problem, was sie an Unterstützungsgeldern ausbezahlt hätten.“

So etwas wagt eine Organisation zu tun, die taunselnig das Geld der Gewerkschaften auf ihren Listen ankommen hat und im Kampfe auf „Rote Erde“ „scheinheilig „Schüler an Schüler“ mit den Gewerkschaften gegen ein hartnäckiges Unternehmertum kämpft. Das Erlangen der Gewerkschaften riet, ohne Gegenliebe bei der Gewerkschaftsbewegung zu finden, führt der Metallarbeiterverband hinterhältig gegen die Gewerkschaften aus. Da möchten wir fragen: „Und diese verlämpften Kreise geben vor, die Arbeiterinteressen zu vertreten?“

Die Berliner Buchdrucker sind am Sonntag wieder im Zirkus Schumann versammelt, um Stellung zum neuen Tarif zu nehmen. Der radikale Schlichtermeister Raffini empfahl die Annahme des Tarifs und wußte sich hierbei gegen den „Vorwärts“ zu wehren, der mit allerlei Gründen den abgeschlossenen Tarif bekämpfte. Schließlich wurde dann eine Resolution angenommen, in welcher eine Reihe von Forderungen aufgestellt werden, die im neuen Tarif Berücksichtigung finden müßten. Der abgeschlossene Tarif wurde abgelehnt. Die Versammlung beschloß ferner, den Zentralvorstand zu ersuchen, neue Verhandlungen mit der Preispolitik in die Wege zu leiten. Sollten diese abgelehnt werden, so sei unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker einzuberufen.

Abgelehnt wurde der Tarif in den ebenfalls am Sonntag stattgefundenen Versammlungen zu Hennigsdorf und Häßelhof. In Dresden erfolgte die Annahme.

Die Stellung der Gewerkschaften gegen den Tarif ist eine Folge der sozialdemokratischen Partei gegen die Tarifgemeinschaft überhaupt. Der Verbandstand, der dies erkennt, erklärt im heutigen „Korrespondenten“ eine erste Maßnahme an die Mitglieder, worin es z. a. heißt:

„Die Aufrechterhaltung des Verbandes ist sowohl eine Pflicht der Organisation wie für eine jugendliche Tätigkeit für die Bekämpfung der Interessen der Gewerkschaften und die Konsolidierung der allgemeinen tariflichen Forderungen. Wir müssen uns bei Interesse der Gewerkschaften nicht zurückziehen, sondern durch die Teilnahme an einer unerschütterlichen, selbstständigen und für die führenden Parteigruppen „Vorwärts“ und „Republik“ die „Republik“ abstrahieren und gegen die Opposition in den neuen Tarif abstimmen, dafür aber bereit sein müßte, durch ein geschlossenes Vorgehen im geeigneten Momente die Vorteile des neuen Tarifes der Kollegenschaft möglichst allgemein nutzbar zu machen. Eine solche Arbeit wäre des höchsten Ansehens würdig, die jetzt ansehender nur toller Opposition und bewandter Diszipliniertheit gepiegt wird.“

Ohne Preisgabe der tariflichen Vereinbarungen und deren materiellen Inhalt, ohne das Risiko tiefergehender und in ihren Folgen unabsehbarer Entwicklungen im Gewerbe und in der Organisation besteht keine Möglichkeit, irgend eine Abänderung an den geschlossenen Verträgen herbeizuführen. Darum müßte die Kollegenschaft sich auf sich selbst verlassen und sich auf den noch langer und teureren Überlegen von ihren Vertretern getriebenen Boden vereinigen, auf dem gemäß der geschlossenen Verträge und getroffenen Vereinbarungen im Interesse des Ganzen zu wirken ist. Möglicherweise ist es:

In Interesse der gesamten Buchdruckerbranche wäre es allerdings dringend wünschenswert, wenn die Gewerkschaft auf das Wort der von ihr selbst gewählten Führer hören und sich nicht von Parteieinrichtungen aufheben ließe, die in der ganzen Frage keinerlei Verantwortung tragen. Die deutschen Buchdrucker könnten längst wissen, daß die sozialdemokratische Presse gar kein anderes Interesse hat als der Partei zu dienen, mögen dabei die Arbeiterinteressen und die Organisationen der Arbeiter auch ruhig Schaden leiden.

Arbeiterbewegung. In der Fabrik für Maschinenbau- und Metallarbeiten von Franz Maroth in Schöneberg bei Berlin legten vor acht Tagen die Schloßer und Monteur wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder. Alle drei Organisationen waren beteiligt; die Führung lag in den Händen des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Die Firma zeigte einiges Entgegenkommen und wurde darauf der Ausstand für beendet erklärt. Die Arbeitszeit soll von 7 Uhr morgens bis 5 1/2 Uhr nachmittags dauern, mit viertelstündiger Frühstückspause, so daß die effektive Arbeitszeit 9 Stunden beträgt. Der bisherige Stundenlohn wird um 10 Pct. erhöht und sollen Überstunden daneben um 10 Pct. höher bezahlt werden. — In Offenbach ist die Auslieferung der Metallarbeiter zur Tatlage geworden. Es sind davon etwa 2000 Arbeiter betroffen. — Die Metallarbeiter in Oberstein stehen in einer Bewegung, um eine 15prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Diese Forderung ist bereits am Sonnabend den Fabrikanten übermittelt worden. — Die Löhnenarbeiter im Schwabwald sind dabei, neben der 9 stündigen Arbeitszeit eine 10-15prozentige Lohnerhöhung, Regelung der Arbeitszeit und der Überstunden, ferner die Garantie eines Mindestlohnstandes und die Einschränkung der Heimarbeit herbeizuführen. — Die Differenzen der Rotormonteur auf dem Daimlerwerke in Berlin sind beigelegt. — Der seit Ende August andauernde Streik der Formler auf der Bürgerhütte bei Verbera ist beendet, nachdem die 10 stündige Arbeitszeit und eine 15prozentige Lohnerhöhung bewilligt und das Reaktionsrecht anerkannt worden ist. — Der Streik der Berliner Ballschuhmacher hat infolgedessen eine überausende Bewegung genommen, als der Unternehmerverband beschlossen hat, am Mittwoch eine allgemeine Schuhmacher-Auslieferung vorzunehmen, wenn bis dahin die streikenden Ballschuh-

macher nicht überall die Arbeit wieder aufgenommen haben. — In Neumarkt in Schlesien hat der von unserm Ortsverein der Schuhmacher geführte Streik für eine Erhöhung des Tarifes mit einem Eingee der Arbeiter beendet. Einige Zentralvorstände waren Streikbrecher geworden. — Die Arbeiter der Thüringer Schuhfabrik in Schmölla erklärten sich mit dem seit drei Wochen ausständigen Personal der Polyschuhfabrik Schäfer & Söhne solidarisch und kündigten sämtlich die Arbeit. — Die Glasinstrumentenmacher von Gera, Eigersdorf, Martinstadt, Jena usw. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern in der Hauptsache eine 20prozentige Lohnerhöhung. — In der Berliner Perlmutter- und Steinindustrie ist eine Bewegung im Gange. Befordert wird die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, die am Sonnabend auf 8 Stunden verläßt wird; Überstunden dürfen nicht gemacht werden. Der Mindestlohn, der schon an über 18 Jahre alte Arbeiter, sofern sie ein halbes Jahr in der Branche tätig sind, gezahlt werden muß, beträgt 27 M. Die Stundenlöhne werden um 6 Pct. die Arbeiterpreise um 10-15 Pct. erhöht. — Auf dem Neubau der Firma Ludwig Löwe in der Lindenstraße zu Berlin traten am Sonnabend die Eisenkonstruktions-Arbeiter wegen Lohnerhöhungen und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in den Ausstand. Die Differenzen sind zugunsten der Arbeiter beigelegt. — Die Textilarbeiter in Pöschel haben beschlossen, an ihren von den Fabrikanten abgelehnten Forderungen auf Verklärung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und achtstündige Lohnzahlung festzuhalten. Als letzte Frist der Bewilligung soll der Januar 1907 gelten. — Beim Wiesbadener Bahnhofsneubau legten sämtliche Maurer die Arbeit nieder, weil die Bezahlung sich weigert, den tarifmäßigen Lohn von 80 Pfg. zu zahlen. — In Elmshorn sind die Gärtner und Hilfsarbeiter der dortigen Baumgärten in eine Lohnbewegung eingetreten. — Eine stark besuchte Versammlung der Innenshiffner in Hamburg beschloß mit 54 gegen 4 Stimmen, heute in den Ausstand zu treten. — In La Rochelle (Frankreich) haben die Hasenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. — Zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Textilindustrie in Verdiers (Belgien) sind Einigungsverhandlungen eingeleitet, die ein baldiges Ende des Streiks in Aussicht stellen. — Der Ausstand der Reifeleischwerke von Elyde nimmt seinen Fortgang und scheint noch an Ausdehnung zu gewinnen, da andere Arbeitergruppen wie die Zimmerleute sich solidarisch erklären. — Sämtliche Schneidergesellen und -Gehilfen in Triest (Oesterreich) sind in den Streik getreten, nachdem ihre Lohnforderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind. — Aus demselben Grunde befinden sich in Wien die Schneider und Schneiderinnen in Ausstande. — 1200 Arbeiter der Sattmännischen Sägeindustrie in Beslice (Slowenien) haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer ihre Lohnforderungen abgelehnt haben. — In Triest sind wegen Ablehnung ihrer Forderungen 400 Expeditionsarbeiter in den Ausstand getreten.

Die apostolischen Werte der Zeit-Stiftung in Jena fanden 82 Arbeiter und Beamte des Wertes und der Glashütte unter Führung des Herrn Dr. Schomerus in letzter Woche (11.-14. Oktober) auf eine Studienreise nach Berlin und zur Besichtigung der fünfjährigen Ausstellungen für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg. Von unseren Verbandsmitgliedern waren dabei beteiligt die Kollegen Müller, Schröder und Töpfer. Jeder Teilnehmer erhielt das Fahrgeld III. Klasse, den Arbeitslohn und an Beschlüssen 24 M. Die Ankunft in Berlin erfolgte am 11. Oktober, abends kurz vor 11 Uhr. Am Freitag vormittag wurde die Wörsche Fabrik besucht, nachmittags die Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Auch der folgende Sonnabend war der Ausstellung gewidmet. Die Professoren Hartmann, Albrecht und Sommerfeld leiteten die Besichtigung der betreffenden Abteilungen durch ausführende Vorträge ein. Am Abend wurde eine Oper-Vorstellung bezw. die Urania oder ein Zirkus besucht. Am Sonntag vormittag erfolgte die Besichtigung von Goltans Panoptikum und mittags der Besuch des Kunstgewerbemuseums, bezw. des Museums für Völkerkunde. Am Abend fuhr die Gesellschaft wieder nach Jena zurück.

Unsere Gewerkschaften besuchten natürlich auch noch unser Verbandshaus, wobei wir Gelegenheit hatten, die Jenerer Kollegen im Verbandsbureau und in der Redaktion begrüßen zu können.

Die Zentralität der christlichen Gewerkschaften findet eine eigenartige Belichtung in einem Bericht über die diesjährige Hauptversammlung des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen, abgehalten am 5. Oktober in Dresden. In dem Bericht, den wir darüber im „Dresdener Journal“ finden, kommt folgende Stelle vor:

„Der wichtigste Punkt der Tagesordnung bildete die Beschlüsse über den Anschluß der christlichen Gewerks-

schaften an den konservativen Landesverein. Der Vertreter der Gewerkschaften hat sich an den Landesverein gewandt und der konservativen Partei die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften bei den Wahlen angeboten. Nach einer längeren Debatte und nach einer warmen Begrüßung des Antrages durch die Herren Landtagspräsidenten Geh. Rat Dr. Rehnert und Landtagsabgeordneter Ulrich Chemnitz beschloß die Versammlung das Angebot der christlichen Gewerkschaften anzunehmen.

In Sachsen gibt es keine Zentrumspartei. Der Eifer der Christlichen, sich politisch zu betätigen, geht aber so weit, daß sie sich den realistischen Konservativen an den Hals werfen. Es ist natürlich wahrscheinlich, daß die Sache nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Um so besser, daß es herausgefunden ist! Die sächsischen Arbeiter werden hierzu wissen, was sie von der christlichen Arbeiterbewegung ihres Landes zu halten haben.

Der auf die Verwirklichung des sozialdemokratischen Subjekts wartet, soll sich die Zeit nicht lang werden lassen! Der sozialdemokratische Staat läßt sich nicht für ein einzelnes Land durchführen; wäre er überhaupt möglich, so dann doch nur, wenn er gleichzeitig in allen Ländern verwirklicht werden könnte. In den europäischen Industriestaaten hat die Sozialdemokratie nur in Deutschland und Dänemark einige Bedeutung, denn sie hat in diesen Ländern 20 bezw. 21 Pct. der Mandate inne, zu einer Mehrheit wird sie es jedenfalls niemals bringen können. In den anderen Ländern ist sie an den parlamentarischen Mandaten wie folgt beteiligt: Schweiz 0,6 Pct., Oesterreich 3,4 Pct., Italien 4,1 Pct., England 4,5 Pct., Frankreich 13,0 Pct., Belgien 18,1 Pct.

Wenn die Arbeiterschaft überall praktische Gegenwartsarbeit leisten wollte in unabhängigen starken Gewerkschaften, dann läme sie rascher vorwärts als jetzt, wo leider erhebliche Teile derselben sich im Hoffen auf den Zukunftstaat zu Karren machen lassen.

In der am Sonntag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, im Kongressaal der Königl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, stattgefundenen 32. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen werden mitwirken: Berliner Lehrer-Gesangsverein unter Leitung des Professors Felix Schmitt, Frau Professor Marie Schmidt-Röhne (Gesang), Herr Richard Hofer (Klavier.)

Frühe Erfahrungen mit dem Kommunismus hat der holländische Schriftsteller van Eden gemacht, der auf einem großen Terrain in der Nähe von Amsterdam eine Bäckerei, Schokoladenfabrik usw. gründete, Landwirtschaft, Viehzucht, Molkerei betrieb u. dergl. mehr und jedem, der arbeiten wollte, Gelegenheit gab, an diesem gemeinschaftlichen Besitz mitzuarbeiten. Acht volle Jahre hat der Mann auf die Verwirklichung des kommunistischen Ideals gewartet, bis er denn endlich ein sah, daß seine Versuche mit gemeinschaftlichem Besitz eine Verwirklichung desselben zeitigten. Zum Schluß eines Artikels, in dem van Eden seine Erfahrungen der Öffentlichkeit mitteilt, heißt es:

„Es wird dadurch der Beweis geliefert, daß die meisten Menschen in zu geringem Maße Pflichtgefühl, Energie, Ausdauer, Verantwortungsbewußtsein, Ehrung, und Gemeinheitsgefühl besitzen, um aus eigenem Antriebe gut für gemeinschaftliches Eigentum Sorge zu tragen. Dies ist die deutliche Lehre, die ich in Laufe von acht Probejahren empfangen habe. Kurz zusammengefaßt ist das Resultat meiner Erfahrungen: Gemeinshaftlicher Besitz kann sich nur dann erhalten und wird nur dann nicht auf Verwahrloosung und Niedergang hinauslaufen, wenn er der Freigabe, verantwortlichen, persönlichen Verwaltung eines tüchtigen, energiegelassen Mannes unterstellt wird.“

Das heißt mit anderen Worten: Der Kommunismus läßt sich nicht durchführen, so lange die Menschen eben — Menschen sind, mit all den Fehlern und Mängeln, mit denen sie die Natur bedacht hat. So lange sie diese haben, sind sie auch für den Kommunismus nicht reif, mit dessen Durchführung es danach noch gute Wille hat. Arbeiter, die der Sozialdemokratie nachlaufen, müßen nachdenken über diese Tatsache!

### Gewerkschaften-Teil

§ Halle a. S. Am Sonntag, 20. September fand in Halle im Restaurant „Schwarzes Roth“ nachmittags 1 Uhr eine Begrüßungsfeier für die Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter statt. Eröffnet wurde dieselbe durch den Kollegen Wohlleben mit einer Begrüßungsaussprache. Bei der vorgenommenen Erucawahl wurden die Kollegen Wohlleben zum Vorsitzenden und R. Koch zum Protokollführer gewählt. Betreten waren die Orts-